

# SPD Sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/136

19. Juli 1972

Soziale Marktwirtschaft auf demselben Kurs

---

Der Personenwechsel bedeutet keinen Richtungswechsel

Von Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Junghans MdB  
Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion  
und Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises  
Wirtschaftspolitik

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Umweltschutz-Appell an die Gemeinden

---

Zehn Programm-Punkte für konkrete Maßnahmen

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Die Aufgabe für heute und morgen

---

Nüchterne Anmerkungen zu einer heißen  
Diskussion

Seite 5 und 6 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 36  
Telefax: 696 846 / 696 847/  
696 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

## Soziale Marktwirtschaft auf demselben Kurs

Der Personenwechsel bedeutet keinen Richtungswechsel

Von Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Junghans MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und  
Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Wirtschaftspolitik

Bei der Beurteilung der Vorgänge um den Personenwechsel in der Leitung des Bundeswirtschafts- und -finanzministeriums sind aus der Sicht der SPD-Bundestagsfraktion zwei wesentliche Gesichtspunkte zu kurz gekommen oder bedürfen noch nachdrücklicher Betonung.

1/ Zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung bestand in den grundsätzlichen Fragen der sozial auszugestaltenden Marktwirtschaft nie eine Meinungsverschiedenheit. Das beweist markant der Werdegang des Entwurfs für die Kartellrechtsnovelle. Vom ersten Konzept bis zur vorläufigen Endfassung zieht sich als roter Faden das Bestreben, dem Wettbewerb die gebührende Rolle in der Marktwirtschaft zuzuweisen. Konkurrenz ist in der Marktwirtschaft Motor und Regulator zugleich. Wer das mit immer neuen Argumenten und Ausflüchten, besonders im Hinblick auf ein kommendes Europa-Kartellrecht, nicht wahrhaben will, zeigt, daß er in Wirklichkeit keine Marktwirtschaft will.

Diesen Vorwurf müssen sich bestimmte Unternehmerkreise ebenso gefallen lassen wie die ihnen megaphon-verstärkt nach dem Kunde redenden Verbände. Was soll eigentlich dieser kalmierende, auf die lange Bank schiebende Hinweis auf die ausstehenden Gesetzesvorhaben der Europa-Kommission? Sollen wir in einer Art vorevangelischen Attentismus weiter auf den europäischen Wettbewerbspropheten warten, wo dieser vielleicht seinerseits auf ein Signal wartet? Das könnte denen so passen, denen die bestehende Regelung mit allen ihren Lücken goldwert ist.

Wer wirklich Marktwirtschaft will, muß die Marktmacht der Unternehmer begrenzen. Gefahren für die Marktwirtschaft und das freie Unternehmertum drohen nicht von Seiten der Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Regierung: gleichgültig wie immer auch der Wirtschaftsminister heißen mag.

Der Marktwirtschaft droht Gefahr aus einer ganz anderen Rich-

tung: durch die schleichende Aushöhlung des Wettbewerbs. Wer Marktwirtschaft und Preisstabilität will, muß den Wettbewerb stärken. Die Regierung hat deshalb eine Kartellnovelle vorgelegt, die bedauerlicherweise den Wirtschaftsausschuß noch nicht passiert hat. Herzstück der Novelle sind:

a/ eine Fusionskontrolle für Zusammenschlüsse, an denen Großunternehmen beteiligt sind;

b/ eine wirksamere Gestaltung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen; und

c/ Kooperationserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen mit dem Ziel, deren Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Eine von einer Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion ausgearbeitete Kartellnovelle ist, wie man hört, am Einspruch des Wirtschaftssprechers der Opposition gescheitert.

2/ Die heute uns plagende Währungskrise ist nicht durch die Bundesregierung ausgelöst worden, auch nicht durch das Verhalten der Bundesbank. Diese Krise hat internationalen Charakter. Wer daran irgendeinem Mitglied der Bundesregierung Schuld zuschreiben versucht oder weismachen will, er habe schon immer ein besseres Mittel gewußt, ist ein Scharlatan. Der Beweis muß er schuldig bleiben.

Tatsache ist, daß Bundesregierung und Bundesbank gegen spekulativ vagabundierende Dollars in ihrem Werkzeugkasten nur sehr schwach greifende Schlüssel bereithalten oder solche, die unverhältnismäßig greifen würden. Wer hätte sich auch vorstellen können, daß allein in den letzten beiden Jahren sich die internationale Liquidität von 78 auf 129 Milliarden Dollar (!) erhöhen würde, d.h. um 66 vH.

Gegen die Ursache der Währungskrise kann kein nationaler Instrumentenkasten letztlich helfen. Die Bundesrepublik kann sich nur gegen die äußersten Folgen notdürftig schützen. Das Operationsbesteck liegt vorerst verschlossen in einem Schrank, zu dem nur alle Welthandel treibenden und das Währungssystem tragenden Nationen den Schlüssel gemeinsam besitzen. Auch darin waren sich Bundesregierung und SPD-Bundestagsfraktion immer einig. Die DM ist nicht anfällig, weil sie schwach wäre, sondern weil sie unter kranken und kränkenden Währungen sich besonderer Gesundheit erfreut. Deswegen der Zulauf auf die DM!

Die Verschärfung der Bardepotregelung und die Einführung der Genehmigungspflicht für den Erwerb festverzinslicher Wertpapiere durch Ausländer war eine notgeborene Schutzmaßnahme gegen dieses explosiv einströmende Geld. Mit der Preisgabe bewährter wirtschaftspolitischer Grundsätze hat dies nichts zu tun. Das ergibt sich auch aus den zustimmenden Stellungnahmen der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Die Äußerungen der Opposition sind konfus: Barzel versucht, die Gefahr des Dirigismus an die Wand zu malen, während Strauß bemängelte, daß die Maßnahmen der Bundesregierung nicht weit genug gingen. - Zusammengefaßt noch einmal: Auf der Bonner Regierungsbühne ist eine tragende Rolle unbesetzt worden. Das Stück "Soziale Marktwirtschaft" wird ohne Regieänderungen weitergespielt. + + + (-/sab/19.7.1972/bgy)- 3-

Umweltschutz-Appell an die Gemeinden

Zehn Programm-Punkte für konkrete Maßnahmen

Der in Nizza vom Rat der Gemeinden Europas (RGE) veranstaltete X. Europäische Gemeindetag, an dem über 3.000 Delegierte aus 14 europäischen Ländern teilgenommen haben, hat ein nachhaltiges Echo gefunden. Die Bedeutung dieses Kongresses wurde u.a. durch die Repräsentanz und Ansprachen führender Politiker aus ganz Westeuropa und der europäischen Institutionen unterstrichen, wobei im Mittelpunkt Fragen des Umweltschutzes gestanden haben. Als Diskussionsgrundlage in der Ausschuß-Sitzung diente hierbei ein von der niederländischen Sektion im RGE angefertigter umfassender Bericht sowie die Ausführungen des Prinzen Claus der Niederlande.

In den zahlreichen Diskussionsbeiträgen kam einhellig die Auffassung zum Ausdruck, daß den Gemeinden bei dem Kampf gegen die Verschmutzung der Umwelt eine sehr bedeutende Rolle zukomme, insbesondere bei der Schaffung eines Umweltbewußtseins in der Öffentlichkeit. Neben Initiativen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene sei eine internationale Zusammenarbeit unerlässlich, um wirkliche Erfolge bei dem Kampf gegen die Umweltverschmutzung zu erzielen.

In dieser hitzigen, lebhaften Diskussion ist es den einzelnen Delegationen nicht gelungen, sich auf ein gemeinsam zu verabschiedendes Papier zu einigen. Man kam schließlich überein, daß sich der RGE mit dieser Problematik auch weiter auseinanderzusetzen habe und danach versuchen solle,

eine Umweltschutz-Charta auszuarbeiten.

Die von dem Bundestagsvizepräsidenten Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen, Vizepräsident des Deutschen Gemeindetages, sowie die von Prof. Dr. Olschowy, dem deutschen Delegations-Experten für Umweltschutz ausgearbeiteten konkreten Vorschläge für Maßnahmen, die die Gemeinden und Gemeindeverbände zum Umweltschutz zu ergreifen haben, sind ausgezeichnetes Material für die geplante Charta.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände werden aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1/ Ihre Informationsmittel dem Natur- und Umweltschutz zur Verfügung zu stellen, Bürgerinitiativen zu fördern und bereits in den Schulen mit der Unterrichtung zu beginnen;

2/ den Schutz, die Pflege und die Entwicklung der natürlichen Umwelt mit ihren Faktoren: Wasser, Luft, Boden, Fauna und Flora auf der Grundlage ökologischer Untersuchungen und qualifizierter Landschaftsplanungen zu vollziehen;

3/ den künftigen Bedarf an Erholungs- und Freizeitgebieten rechtzeitig zu ermitteln, die erforderlichen Flächen sicherzustellen und zu gestalten;

4/ ein Meß- und Kontrollsystem über die Belastungen der natürlichen Umwelt aufzubauen und Belastungsgrenzen für die Menschen und die Landschaft zu ermitteln;

5/ Vorkehrungen gegen jede Art der Verschmutzung der Landschaft zu treffen und Vergehen zu bestrafen;

6/ Raumordnung und Städteplanung müssen die Grundsätze des Umweltschutzes berücksichtigen und im Falle von Zielkonflikten dem Umweltschutz den Vorrang geben; Forschungseinrichtungen müssen geschaffen werden, der nationale und internationale Erfahrungsaustausch sowie die Zusammenarbeit auf allen Ebenen als vordringlich gefördert werden;

7/ Mitarbeit bzw. Übertragung von Aufgaben des Umweltschutzes an Verbände und Gewerkschaften, insbesondere auch Einbeziehung der Jugendverbände in die Umweltarbeit;

8/ Schaffung kommunaler Gremien für den Natur- und Umweltschutz nach dem Gemeindeverfassungssystem der einzelnen Länder;

9/ Schaffung von angemessenen Kontrollsystemen über den Vollzug von Umweltschutzmaßnahmen; und

10/ angemessene Finanzausstattung der Gemeinden, um sie in den Stand zu setzen, ihre Umweltaufgaben erfüllen zu können.

(hschv/sab/19.7.1972/bgy)

Die Aufgabe für heute und morgen

Nüchterne Anmerkungen zu einer heißen Diskussion

Die Schiller-Schlagzeilen in den bundesdeutschen Tages-, Wochen- und illustrierten Zeitungen haben das Diskussions- und Gerüchteklima in der Bundeshauptstadt auf Hundstage-Mitzegra-  
de angeheizt. Mit wachsender Berechtigung warten Schreiber und Leser, Sprecher und Hörer auf klärende Worte und Taten, die den allmählich nun Überlang gewordenen Phasenablauf abschließen. Die Welt, in der wir leben, ist voller Gefahrenherde, deren Auswirkungen in dieser Zeit, in der es keine Isolierung, sondern nur Zusammenhänge gibt, auch Mitteleuropa und damit auch uns einbeziehen können. Alle Politiker, die im Regierungs- und Koalitionslager oder im Oppositionslager volle Mitverantwortung für das Schicksal dieses Staates und seiner Menschen tragen, brauchen ihre Kraft und ihre Nerven, um die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland gut und erfolgreich nach vorn zu steuern. Von dieser unabdingbaren Einsicht darf sich niemand, kein einziger, absentieren wollen.

Der Bundesgeschäftsführer der SPD, Holger Börner, hat sich bemüht, mit einem knappen Satz ein wenig erste Klarheit in die auseinanderlaufende und nach Richtung suchende Diskussion zu bringen. Er ließ mitteilen, daß er nichts zu dementieren habe. Das "nichts" bezog sich auf die zum Teil spaltenlangen Meldungen, die in einer Illustrierten sogar fünf Seiten füllten, und die sich insgesamt mit Briefen befaßten, die der ehemalige Bundeswirtschafts- und -finanzminister Prof. Dr. Karl Schiller MdB an den Bundeskanzler und an seinen Parteivorsitzenden gerichtet hatte. Die Frage,

woher und auf welchem Wege und wie diese Briefe ihren Weg in die Presse gefunden haben, interessiert hier gar nicht; über kurz oder lang wird man's sowieso erfahren.

Dem Bundesbürger ist aber anheimgestellt, diese Briefe genau zu lesen, um sich selbst sein eigenständiges Urteil zu bilden. Man wird, was den Entschluß für das Ersuchen um Entlassung aus dem Amte angeht, ein Bündel von Motiven finden, die dann zu einem Sammelpunkt geführt haben. Diese Motive sind, das weisen die Briefe aus, nicht nur wirtschaftlicher und finanzieller Art, sondern sie stammen auch aus einem Bereich, der den Menschen mit allen seinen Ambitionen einschließt. Diese Fakten wird man bei der Urteilsfindung nicht außer acht lassen dürfen, und so wird es hoffentlich gelingen, sein Urteil den Realitäten anzupassen. Dann wird man sich nicht mehr in Sentiments verlieren, die auf der einen Seite vom Triumphgeheul der von einigen Wahlängsten sich befreit fühlenden Opposition und auf der anderen Seite vom tiefen Erschrecken in der Partei gekennzeichnet sind, auf die es zurzeit ganz schön einschlägt.

Diese Partei muß heute und morgen ihre ganze Kraft, ihre gesunden Nerven, ihren ungebrochenen Kampfgeist und ihre unzerstörbare Solidarität auf die schon jetzt angelaufene harte Auseinandersetzung um die Bundestagswahl und für den Tag konzentrieren, an dem das Volk der Bundesrepublik entscheiden wird, wer Sieger sein und die Regierung in Bonn stellen soll. Dem sollte sich nichts und niemand entgegenstellen.

(ee/ee/19.7.1972/bgy)